

hin unvereinbar mit dem Militarismus und mit dem geplanten Atomtod für Millionen Menschen.

Es wäre natürlich falsch, die offene Verleugnung so vieler ehemals zur Schau getragener Tugenden auf einen plötzlichen Anfall von Offenheit zurückzuführen; diese „Offenheit“ ist die unvermeidliche Folge einer Umwandlung in der Welt, einer grundlegenden Veränderung in den Kräfteverhältnissen. Im Verlauf dieser Veränderungen zeigt sich auch in Westdeutschland ein doppeltes Bewußtwerden: Es wachsen die Kräfte des Friedens auf der einen Seite, und es wächst die Angst der herrschenden Klasse davor, daß sich immer weniger Menschen bereit erklären, sich für die Vorbereitung eines dritten Weltkrieges einspannen zu lassen.

Ein weiteres Beispiel für die panische Angst der Bonner Atomstrategen ist das Reiseverbotsgesetz oder das „Gesetz über Ein- und Ausreise“, „wie es „bundesamtlich“ heißt, das bereits Mitte Januar in erster Lesung vom Bonner Bundestag behandelt wurde. Dieses Gesetz ist geboren aus der Furcht vor unliebsamen Kritikern der NATO-Politik des Bonner Staates aus dem In- und Ausland.

Vom „heulenden Elend“ der in die Enge getriebenen klerikal-militaristischen Reaktion im Bonner Staat zeugt auch folgende interessante Begebenheit: Am Vorabend des Amtsantrittes des neuen amerikanischen Präsidenten hatten 120 amerikanische Zeitungen einen „Aufruf an das amerikanische Volk“ veröffentlicht, in dem es u. a. heißt:

„Wir beurteilen uns selbst nach unseren Idealen. Andere beurteilen uns nach unserer Lebensweise. Untreue in den Familien, Perversion in hohen und niederen Stellen, Dekadenz in der Kunst, eine gesetzlose Jugend... Rassenkampf, Unehrllichkeit — alles dies wird mehr und mehr zum Kennzeichen des amerikanischen Lebens ... Das sind keine Waffen, mit denen man die Herzen und das Denken der Millionen gewinnen könnte, und keine staatliche Propaganda kann sie dazu machen.“¹

Bevor wir uns mit diesem „Geständnis“ etwas näher befassen, soll noch bemerkt werden, daß sich die „Bundesrepublik“ dem „Aufruf“ angeschlossen hat, weil, wie es in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ heißt, „unser Land mit Amerika vor dieselbe Entscheidung gestellt ist, von der unsere gemeinsame Zukunft abhängt“².

Hier wird also eindeutig zugegeben, daß zwischen den „Idealen“ der herrschenden Clique des Bonner Staates und den Auffassungen Millionen friedliebender Menschen ein Widerspruch besteht. Wie könnte es auch anders sein? Die einfachen Menschen wollen nicht mehr länger am Rande des Krieges leben, sie wollen, daß endlich die Reste des zweiten Weltkrieges überwunden und ewiger Frieden in der Welt einzieht. Die Menschheit ist wachsam geworden und sieht heute besser als vor ein paar Jahren, daß zwischen den scheinheiligen „Idealen“ der bürgerlichen Gesellschaft und der tatsächlichen Praxis der Ausbeutergesellschaft eine riesige Kluft liegt. Das ist letztlich der Grund dafür, daß die kapitalistischen Staaten von den Völkern nach ihrer „Lebensweise“ beurteilt werden, wie es in dem o. a. Aufruf heißt.

Natürlich wird in dem „Aufruf“ nicht die volle Wahrheit gesagt, denn „die Untreue in den Familien, Perversionen in hohen und niederen Stellen, Dekadenz in der Kunst, eine gesetzlose Jugend...“ usw. sind nicht die Ursachen des Verfalls in der Ausbeutergesellschaft, sondern nur die Folgen. Die Ursachen liegen in dieser Gesellschaft, in den ökonomischen Verhältnissen dieser Gesellschaft begründet.

„Das kapitalistische Weltsystem ist von einem tiefgreifenden Niedergangs- und Zersetzungsprozeß er-

faßt... Noch nie war der Konflikt zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen in der kapitalistischen Welt so tief.“³

In dem „Aufruf“ wird auch gesagt, daß zur „Lebensweise“ in Amerika — und Bonn hat das auch für Westdeutschland bestätigt — eine „gesetzlose Jugend“ und „Unehrllichkeit“ gehören. Das ist ein bemerkenswertes Eingeständnis, und doch sind wir gezwungen, diese „Erkenntnis“ zu ergänzen, denn wie bereits angedeutet, sind das nur Erscheinungen und nicht Ursachen.

Die durch den Parasitismus hervorgebrachten Formen des Betrugs und der Gaunerei sind ein raffinierter Ausdruck der parasitären Einstellung und der Lebensweise in der Ära schonungsloser Konkurrenz; sie sind das finstere Reich des Finanzkapitals.

In diesem Milieu der Korruption und des Sumpfes herrschen natürlich auch die Gesetze des Dschungels, und der Stärkere herrscht über den Schwächeren. Die Folgen dieses Zustandes sind Skandale am laufenden Band. Dabei denken wir an den Justizskandal in Westberlin, der zu einer politischen Krise der Frontstadt führte, deren Ende noch nicht abzusehen ist. In Bonn, in der Residenz des „alten Mannes“, gab es einen Skandal wegen des am dortigen Landgericht amtierenden Präsidenten, der einer der übelsten Blutrichter war. In Schleswig-Holstein, dem Paradies der Nazi- und Kriegsverbrecher, gibt es einen Riesenskandal, weil die ganze Prominenz dieses Landes zwischen Ost- und Nordsee den Hauptverantwortlichen für die Durchführung des Hitlerschen Euthanasie-Befehls, Professor Heyde-Sawade, 12 Jahre gedeckt und in höchste Ämter gebracht hat.

Neuerdings ist auch im westdeutschen Strafvollzug die seit langer Zeit schwelende Krise ausgebrochen. Die Zeitschrift „Der Spiegel“ vom 18. Januar 1961 widmete diesem Thema zwölf Seiten.

Wie sieht „Der Spiegel“ die Lage in den westdeutschen Gefängnissen und Zuchthäusern?

Da wird zunächst einmal festgestellt, daß die „Gefängnisse überfüllt sind“ und „die Insassen aus diesem Grund ständig von Anstalt zu Anstalt gelegt“ werden¹ *.

„In der Tat muß ein großer Teil der 65 000 Personen, die gegenwärtig in Westdeutschland Freiheitsstrafen verbüßen, zu dritt in Zellen hausen, die — räumlich und sanitär — nur für einen einzigen Insassen angelegt sind.“³

Nach dieser Feststellung über die allgemeine Lage im „bundesdeutschen Strafvollzug“, kommt „Der Spiegel“ — die „Stuttgarter Zeitung“ zitierend — zu dem Ergebnis, daß es auch noch schlechtere Bedingungen in den einzelnen Ländern gibt.

„Durch die unterschiedlichen Bestimmungen über Formen und Bedingungen des Vollzugs, über Arbeit, Entgelt, Freizeit, Vergünstigungen, kann das spezifische Gewicht der Strafe in Bayern ganz anders sein als zum Beispiel in Hamburg.“⁶

Aber nicht nur in den einzelnen Ländern des ach so „freien“ Bonner Staates gibt es Unterschiede im Strafvollzug; unterschiedlich ist im besonderen die Behandlung der einzelnen Kategorien der Strafgefangenen. Wir wissen seit langer Zeit, daß Friedenskämpfer, Antifaschisten und andere fortschrittliche Menschen unter den schrecklichsten Bedingungen in den Bonner Kernern leben. Wir wissen aber auch, daß im Gegensatz dazu solche Leute wie der Margarineschieber Oberjat in luxuriösen Zellen wohnen und alle nur erdenklichen Vergünstigungen erhalten. Auf diese Unterschiede hinweisend, hat der Bonner Professor Hans von H e n t i g geschrieben:

3 Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien (November 1960), Berlin 1961, S. 12/13.

6 Der Spiegel vom 18. Januar 1961, S. 22.

6 ebenda

6 a. a. O., S. 30.

1 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. Januar 1961.

2 ebenda.